

Jenseits von Konfession und Nation Protestantischer Internationalismus nach dem Ersten Weltkrieg

Hannelore Müller

„Wenn der Krieg vorbei ist! Das Böse ist allerdings geschehen, der Wildstrom losgelassen. Wir allein können ihn nicht in sein Bett zurückstauen. Überdies sind schon zu große Verbrechen begangen worden, Verbrechen gegen das Recht, gegen die Freiheit der Völker und geheiligten Schätze des Geistes. Das muss gutgemacht werden. Wird gutgemacht werden. [...] Aber im Namen Gottes: keine Rache, keine Vergeltung! Das sind abscheuliche Worte. Ein großes Volk rächt sich nicht, es stellt das Recht wieder her.“

Romain Rolland (1866–1944), die „Stimme Europas in seiner tiefsten Qual“ (Stefan Zweig), stellte diese Diagnose und Prognose im Zeitungsartikel „Au-dessus de la mêlée“ („Über dem Getümmel“) vom 15. September 1914¹, der als sein eindringlichstes Friedensmanifest gilt. Der vorliegende Beitrag ist der von Rolland erhofften Rückführung des Wildstroms in sein Bett, der Behebung von Schäden und der Wiederherstellung der rechtlichen Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg gewidmet, die ich am protestantischen Internationalismus in Großbritannien und Nordamerika in den 1920er Jahren exemplifizieren möchte.

Im ersten einführenden Abschnitt gebe ich eine begriffsgeschichtlich-systematisierende Annäherung an den Bereich des religiösen Internationalismus, im zweiten Abschnitt behandle ich aus dem breiten Spektrum des protestantischen Internationalismus die ökumenische Friedensorganisation *World Alliance for promoting International Friendship through the Churches* (Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen), die heute weitestgehend in Ver-

1 Supplement au Journal de Genève, 22./23. September 1914, 5, col. E (später vielerorts veröffentlicht).

gessenheit geraten ist. Sie entstand Anfang August 1914 in Konstanz, inmitten des Ausbruchs der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts und entwickelte sich zu einer einflussreichen Institution für internationale Fragen und kirchliche Zusammenarbeit, d. h. praktische Ökumene. Eines der Hauptziele und -aufgaben des Weltbundes (WB) war, die christlichen Werte des „Wohlwollens“ („goodwill“) und der „Bruderliebe“ in die internationale Weltordnung und Politik zu implementieren, da allein ein christlicher Internationalismus Garant für den Frieden sein und neue Kriege verhindern könne. Mit diesem politischen Idealismus engagierte sich der WB für die Arbeit und Anerkennung des Völkerbundes, den Schutz von religiösen und nationalen Minoritäten, für Abrüstung, Waffenkontrolle, Jugendarbeit u. a. m. In Großbritannien stand der WB-Zweig im Windschatten der einflussreicheren *League of Nations Union* (LNU), die sich für internationale Gerechtigkeit, kollektive Sicherheit und Frieden auf der Grundlage des Völkerbundsystems, den Schutz von religiösen und nationalen Minoritäten, Erziehung und Bildung einsetzte.

Von diesen gemeinsamen Tätigkeitsfeldern greife ich den für beide Organisationen zentralen völkerrechtlichen Minoritätenschutz heraus, der beiden als einziges Befriedungsinstrument von Minoritätenkonflikten galt, die die Grenzziehungen der neuen Nationalstaaten, aber auch Migration und Territorialstreitigkeiten ausgelöst hatten. Der unermüdliche Kampf der LNU und des WB für die Sicherung von kulturellen und religiösen Rechten für Minoritäten lässt sich als Umsetzung der Erwartung Rollands sehen, dass nach Kriegsende die rechtliche Ordnung wiederherzustellen sei.

Als konkretes Beispiel behandle ich schließlich im dritten und letzten Abschnitt meines Beitrags die Garantienerklärung der irakischen Regierung von Mai 1932, die mit einer Intervention der LNU beim Völkerbund zusammenhängt. Ihre Entstehungsgeschichte gewährt Einblick in die Praxis des britischen protestantischen Internationalismus, der sich zwar prinzipiell dem Liberalismus verpflichtet wusste, der aber nicht frei von christlichem Expansionismus, hier über den Weg des Völkerrechts, war. Protestantischer Internationalismus bewegte nicht nur edelste Motive, sondern auch nationalistische Elemente und eigene Religionsinteressen, die über das Instru-

ment des völkerrechtlichen Minoritätenschutzes zur Umsetzung gelangten. Darin manifestierte sich gleichzeitig die zeitgenössisch weitverbreitete abendländische rechtspositivistische Haltung der „Zivilisierung durch Recht“, die im islamischen Vorderen ‚Orient‘ schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts Tradition hatte.

Mein religionshistorischer Beitrag, dem teils unveröffentlichte Quellen des Völkerbundes zugrunde liegen, verfolgt eine doppelte Zielsetzung. Er soll als erstes das Forschungsspektrum zum WB erweitern. Bislang sind sein deutscher charismatischer Motor Friedrich Siegmund-Schultze sowie die regionalen und internationalen Konferenzen vergleichsweise gut aufgearbeitet,² während die Forschung zu den zentralen Themen christlicher Internationalismus und Minoritätenschutz erst seit den 2010er Jahren anläuft.³ Als Zweites soll der Beitrag das Forschungsdesiderat zum protestantischen Internationalismus jenseits von Konfession und Nation aufzeigen. Internationalistischen Fragen nachzugehen wäre generell für die christlichen Kirchen, Freikirchen und Organisationen sowie andere Religionen nötig, da die Historiographien und Forschungstendenzen in der Regel dem nationalen Blickwinkel folgen und internationale Dimensionen ausblenden. Die irakische Garantien-erklärung von 1932 zeigt exemplarisch, dass ein internationaler

2 Neben älteren Publikationen sind zu Siegmund-Schultze einige jüngere Dissertationen erschienen: *J. Jenkins*, *Christian Pacifism confronts German Nationalism – The Ecumenical Movement and the Cause of Peace in Germany, 1914–1933* (Studies in Religion and Society 55), Lewiston 2002; *S. Grotefeld*, *Friedrich Siegmund-Schultze. Ein deutscher Ökumeniker und christlicher Pazifist* (Heidelberger Untersuchungen zu Widerstand, Judenverfolgung und Kirchenkampf im 3. Reich; 7), Gütersloh 1995. Die regionalen und internationalen WB-Konferenzen sind aufgearbeitet von *H. Dam*, *Der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen 1914–1948 – Eine ökumenische Friedensorganisation*, Frankfurt a. M. 2001 (Übersetzung aus dem Niederländischen „De wereldbond voor vriendschap door de kerken, 1914–1948“).

3 Vgl. *D. Gorman*, *The Emergence of International Society in the 1920s*, Cambridge 2012, 213–258; *ders.*, *Ecumenical Internationalism: Willoughby Dickinson, the League of Nations and the World Alliance for promoting International Friendship through the Churches*, in: *Journal of Contemporary History* 45.1 (2010) 51–73. Vgl. auch *P. Rohtmets*, *Ecumenical Peace Organisation. „The World Alliance for promoting International Friendship through the Churches“ and Resistance to Totalitarian Regimes in the Interwar Period*, in: *Usuteaduslik Ajakiri* 64.1 (2013) 62–83.

Blick substanziellen Erkenntniszugewinn befördern kann, dass Aspekte lokaler Religionsgeschichten nur in einem internationalen Kontext adäquat zu erklären und zu analysieren sind. Zudem legt ihre Genese essentielle religiös-transkulturelle Verbindungen zwischen Westeuropa und dem Nahen Osten bzw. einen dynamischen Aktionsraum zwischen dem britischen und nordamerikanischen Protestantismus und Internationaler Politik offen, mit dem wir den Bereich des politischen Protestantismus betreten, dessen Horizont Heinz Gollwitzer vor über dreißig Jahren umrissen hat und der in der Forschung immer noch ein Schattendasein führt.⁴

1. Religiöser Internationalismus

Wie die Begriffe Kultur, Religion, Nation lässt sich auch Internationalismus objektsprachlich nicht generell und eindeutig festlegen, sofern man keine hybride Kategorie einführen möchte. Internationalismus ist ein historisches Phänomen, das sich seit dem 19. Jahrhundert von seinen prämodernen Semantiken durch die dialektische Dependenz von Nationalismus und der konsekutiven Entwicklung von Nationalstaaten unterscheidet. Internationalismus als Spezifikum der Neuzeit bleibt ein schillernder, amorpher und konturschwacher Begriff, dessen Bedeutungen von einem anfänglich adjektivischen Gebrauch für „zwischenstaatlich“ in der englisch-französischen Völkerrechtsnomenklatur bis zu einem ideologisierten politischen Begriff reichten, und dem in Verbindung mit der kommunistisch-proletarischen Bewegung eine langlebige externe negative Konnotation anhaftete.⁵ Darüber hinaus sahen viele im Internationalismus eine abgehobene Attitüde von Idealis-

4 H. Gollwitzer, *Vorüberlegungen zu einer Geschichte des politischen Protestantismus nach dem konfessionellen Zeitalter*, Opladen 1981. Vgl. auch J.-C. Kaiser, *Erwägungen zu Begriff und Geschichte des politischen Protestantismus*, in: ders., *Politischer Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert. Ausgewählte Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte*, hg. v. R.-U. Kunze/R. Löffler (Studien zur Geschichte des 20. Jahrhunderts; 1), Konstanz 2008, 27–38.

5 P.R. Friedemann/L. Hölscher, *Internationalismus, Internationale, International*, in: O. Brunner/W. Conze/R. Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Histori-*

ten, die kaum gesellschaftliche oder politische Relevanz gehabt hätten. Die Forschungen zum Internationalismus, die seit den 1990er Jahren Konjunktur gewonnen haben, veränderten diese Sichtweise. Die Internationale Geschichte, inzwischen ein eigener Forschungszweig, hat neue vielversprechende Perspektiven und analytische Zugänge eröffnet.⁶ Den Forschungstrend begleitet ein grundlegender semantischer Wandel, die Begriffe international/Internationalismus und national/Nationalismus nicht mehr als Gegensatz, sondern in Komplementarität zu begreifen, da viele Internationalisten den Internationalismus als Strategie und Instrument für nationalistische Ideologien und Ziele nutzten.⁷ Gegenwärtig gelten Nationalismus und Internationalismus als verwandte Modalitäten, sich zu Welt, Modernität, Fortschritt und Nation zu positionieren. Der Internationalismus seit dem 19. Jahrhundert ist ebenfalls als bürgerlich-liberal, partiell als anti-proletarisch zu charakterisieren, der oft – wie der zeitgenössische Imperialismus und Kolonialismus auch – den Kategorien der westlich-zivilisatorischen Überlegenheit und rassistischen Hierarchisierungen verpflichtet blieb.

Zum religiösen Internationalismus stehen die Forschungen noch am Anfang. Bislang erschien ein einziger Sammelband zum 19./20. Jahrhundert, der auch zwei Beiträge zum protestantischen Internationalismus enthält.⁸ Die fehlende Forschung wird teils in der allgemeineren Internationalismusforschung beklagt, bspw. von

sches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart 1982, 367–397.

6 Von den einschlägigen Publikationen seien in Auswahl genannt: G. Sluga, *Internationalism in the Age of Nationalism*, Philadelphia 2013; H. von Thiesen, *Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel* (Externa 1), Köln 2010; M. Geyer/J. Paulmann (Hg.), *The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics from the 1840s to the First World War*, Oxford 2001; M. Herren, *Hintertüren zur Macht. Internationalismus und modernisierungsorientierte Außenpolitik in Belgien, der Schweiz und den USA 1865–1914*, München 2000; A. Iriye, *Cultural Internationalism and World Order*, Baltimore 1997 (2010); ders., *Global Community. The Role of International Organizations in the Contemporary World*, Berkeley 2002.

7 Z. B. A.H. Fried, *Das internationale Leben der Gegenwart*, Leipzig 1908, V.

8 A. Green/V. Viaene (Hg.), *Religious Internationals in the Modern World. Globalization and Faith Communities since 1750*, London 2012. F.L. Lyons widmet in seinem

Akira Iriye, einem gegenwärtig führenden Globalhistoriker. Er konzeptualisiert einen kulturellen Internationalismus im intergouvernementalen Handeln nach Ende des Ersten Weltkrieges, bei dem Interaktionen von Individuen und Gruppen und nicht, wie sonst üblich, Fragen der Macht oder des Kräftegleichgewichts im analytischen Fokus stehen.⁹ Iriye räumt internationalen Organisationen bei der Durchsetzung dieses kulturellen Internationalismus einen großen Anteil ein, doch bezieht er bei religiösen Organisationen nur deren säkulare Tätigkeiten wie humanitäre Interventionen, kultureller Austausch, nicht aber konfessionelle oder evangelikale ein. Er bekennt, dass sein Unterscheidungskriterium „dünn“ sei, doch mache die fehlende Forschung eine umfassendere Berücksichtigung des Themenfeldes „unbeherrschbar“.¹⁰ Mit diesem Beitrag sei ein Anfang für die Behebung dieses Desiderats gemacht.

Religiöser Internationalismus ist einer der ältesten Formen von Internationalismus. Viele Religionsgemeinschaften weisen seit alters her internationale und transnationale Dimensionen auf, die ihre Ausbreitung bedingen. Sie haben sich im Christentum nach mehrfachen kirchlich-autonomen Entwicklungen der orientalischen, orthodoxen und protestantischen Christen, nach dem missionarischen Aufbruch auf katholischer (Christianisierung der „Neuen Welt“) und später auf protestantischer Seite (Hallescher Pietismus u. a.) weiter ausdifferenziert. Die intensiviertere Globalisierung seit Ende des 18. Jahrhunderts führte im protestantischen Internationalismus zur Entstehung qualitativ neuer Formen, die primär die transatlantische Erweckungsbewegung speiste. Dazu gehörten die globale Bibelbewegung, die Missionsbewegung, die Friedensbewegung, der Kampf für die Abschaffung der Sklaverei. Untereinander waren sie oft durch personelle Überschneidungen verbunden.

Eine historisch neue Form des protestantischen Internationalismus führte die Evangelische Allianz (EA) ein. Sie wurde 1846 in

Klassiker „Internationalism in Europe: 1815–1914“ den Kirchen und ihrem Internationalismus wenige Seiten (European Aspects 14, Leiden 1963, 245–261).

9 Cultural Internationalism (s. Anm. 6), 2.27.

10 Global Community (s. Anm. 6), 2.

London unter hoher Beteiligung von evangelikalen Laien ins Leben gerufen, die Internationalismus als intrareligiöses Kohäsionsmittel und Öffner für die Ökumene entdeckten.¹¹ Insbesondere die in der äußeren Mission tätigen Laien, Prediger und Kirchenvertreter forderten die Zurückstellung der konfessionellen Trennungen und des Denominationalismus, da sie die Verkündigung der einen Botschaft Christi beeinträchtigen würden. Sie verlangten demgegenüber, die Bruderliebe zwischen den Protestanten aller Länder zu stärken und eine sichtbarere Einheit herzustellen („Durch Reinigung zur Einigung!“). Durch diese eklektische und minimalistische Einheitskonzeption gingen allerdings Risse, denn abgesehen vom dezidierten Antikatholizismus¹² der EA waren bspw. auch alle nordamerikanischen Christen ausgeschlossen, die noch in Sklavenshaltung involviert waren.

Die EA verstand sich primär als lokale Gebetsbewegung zur Zusammenführung von Protestanten, doch zeigt ihre rasche Ausbreitung, dass sie die Mechanik des Internationalismus gut zu nutzen wusste. Sie hielt bspw. als erste religiöse Institution ihre Treffen im Vorfeld der Weltausstellung in London (1851) ab, über die sie mit verhältnismäßig wenig Aufwand einen großen Personenkreis ansprechen konnte. Europa befand sich seit dem zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in einem regen internationalen administrativ-technischen Organisationsprozess, der u. a. den internationalen Verkehr¹³ und die Kommunikation¹⁴ neu regulierte. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges entstanden hier insgesamt 466 internationale Nichtregierungsorganisationen.¹⁵

11 Zu den ersten drei Jahrzehnten ihrer Geschichte vgl. die über 1000 (!) Seiten starke Monographie von G. Lindemann, *Für Frömmigkeit in Freiheit. Die Geschichte der evangelischen Allianz im Zeitalter des Liberalismus (1846–1879)*, Münster 2011.

12 Zu seinem breiteren Kontext vgl. J. Wolffe, *The Protestant Crusade in Britain 1829–1860* (Oxford Historical Monographs), Oxford 1991.

13 Die erste internationale Organisation war die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, 1815 auf dem Wiener Kongress gegründet.

14 Internationale Telegraphenunion (1864), Weltpostverein (1874) u. a.

15 F.L. Lyons, *Internationalism* (s. Anm. 8), 14. Abweichend beziffert A.H. Fried die offiziellen internationalen Organisationen bis 1907 auf 244 (Das internationale Leben [s. Anm. 7], IV).

Während dieses ersten Durchlaufs der Globalisierung in der Moderne waren (nonkonformistische) Protestanten und Evangelikale ein spezifischer Motor. Sie nutzten die neuen Kommunikations- und Reisemöglichkeiten für eine ungeahnte globale Expansion, die zu den distinktiven internationalen religionshistorischen Phänomenen des 19. Jahrhunderts zählt. Die technischen Errungenschaften wiederum transformierten viele Religionsgemeinschaften, indem sie völlig neue Möglichkeiten von kollektiver Bewegung, Begegnung und Massenkommunikation schufen. Ein Ergebnis dieser Veränderungen war die Bildung von überregionalen christlichen (und jüdischen) Verbänden, (humanitären) Hilfsvereinen und Organisationen, deren Zahl in die Hunderte ging.¹⁶ Aus dieser Vielfalt des (privat) organisierten religiösen Internationalismus seien lediglich die wichtigsten bis 1914 (mit Gründungsort) genannt:

- 1810 American Board of Commissioners for Foreign Missions (Boston)
- 1815 Evangelische Missionsgesellschaft (Basel, Basler Mission)
- 1824 Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden (Berlin, Berliner Missionsgesellschaft)
- 1835 Schwedische Missionsgesellschaft (Stockholm)
- 1836 Board of Deputies of British Jews, 1760 gegründet, erklärt sich zuständig für die Belange von politisch entrechteten Juden außerhalb Großbritanniens (London)
- 1843 B'nai B'rith („Söhne des Bundes“) (New York City)
- 1846 Evangelische Allianz (London)
- 1854 Missionskonferenz (London, New York)
- 1855 Christliche Vereine Junger Männer (CVJM/YMCA) (Paris)
Christliche Vereine Junger Frauen (CVJF/YWCA) (London)
- 1860 Alliance Israélite Universelle (AIU) (Paris)

16 Zwischen 1812 und 1914 sollen insgesamt 366 (Yearbook of International Organizations 1994/1995, Bd. 2, Geographic Volume, Table 11) bzw. 540 internationale religiöse Organisationen entstanden sein (World Guide to Religious and Spiritual Organizations 1995/96, 411–414). Darin enthalten sind auch außereuropäische Organisationen, während Lyons und Fried nur die europäischen berücksichtigen.

- 1863 Internationales Komitee der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege, später Internationales Komitee vom Roten Kreuz (Genf)
- 1865 Die Ostlondoner Erweckungsgesellschaft, später Heilsarmee (London)
- 1867 Lambeth-Konferenz der Anglikanischen Bischöfe (London)
- 1868 Allgemeine Evangelisch-Lutherische Konferenz (Hannover)¹⁷
Osmanische Hilfsorganisation für verwundete und kranke Soldaten (Istanbul), später Roter Halbmond (staatliche Gründung)
- 1871 Anglo-Jewish Association (London)
- 1874/75 Unionskonferenzen der Altkatholiken, Anglikaner, Orthodoxen (Bonn)
- 1875 Allianz der reformierten (presbyterianischen) Kirchen (London), erste Generalversammlung 1877 (Edinburgh)
- 1881 Weltrat methodistischer Kirchen (London)
- 1891 Internationaler Rat der Kongregationalisten (London)
- 1893 Weltparlament der Religionen (Chicago)
Konferenz der nordamerikanischen Auslandsmission
- 1895 Weltbund christlicher Studentenvereinigungen (WSCF) (Vadstena, Schweden)
- 1897 1. Weltmissionskonferenz (London)
Internationale Zionistische Organisation (Basel, 1. Zionistischer Kongress)
- 1900 Internationaler Rat der Unitarier und anderer liberaler Denker und Arbeiter (Boston)¹⁸
- 1901 Hilfsverein der deutschen Juden (Berlin)
- 1903 Deutscher Evangelischer Kirchenausschuss (Eisenach)
- 1905 Weltbund der Baptisten (London)

17 Die Gründung erfolgte primär als Schutzreaktion gegen die Annexionen Preußens seit 1866 und beruhte weniger auf einem genuin internationalistischen Impetus.

18 Weitere Weltkongresse für freies Christentum und religiösen Fortschritt fanden 1901 in London, 1903 in Amsterdam, 1905 in Genf, 1907 in Boston, 1910 in Berlin und 1913 in Paris statt.

- 1906 American Jewish Committee (New York City)
- 1910 Zweite Weltmissionskonferenz (Edinburgh)
- 1913 Anti-Defamation League der B'nai B'rith (New York City)
- 1914 Church Peace Union (New York City)
- World Alliance for promoting International Friendship through the Churches (Konstanz)
- American Jewish Joint Distribution Committee (New York City)

Diese internationalen Organisationen und Institutionen prägten unterschiedliche Motive, Ziele und Grade von Internationalität, die im Detail noch auf ihre Erforschung warten. Die Liste der Gründungsorte lässt erkennen, dass der privat organisierte religiöse Internationalismus in erster Linie ein Phänomen der (hoch)industrialisierten und wohlhabenderen Gesellschaften im anglo-amerikanischen Kulturraum war. Essentielle Prämissen waren neben dem Aspekt der Finanzierung eine sich politisch und religiös emanzipierende Zivilgesellschaft, die sich seit der Aufklärung, den politischen Umbrüchen (Unabhängigkeit der USA, Französische Revolution) unter den Vorzeichen der Volkssouveränität und Individualrechte, der persönlichen Freiheit, politischen und sozialen Gleichheit entwickelte. Obzwar diese Ideen im Russischen und Osmanischen Reich ebenfalls Verbreitung fanden, entstand hier keine vergleichbare Dichte von zivilem/religiösem Internationalismus, doch entwickelten sich durchaus eigene Formen wie Pan-Islamismus oder Pan-Slawismus, teils in Abgrenzung vom „Westen“.¹⁹

19 Zu Osteuropa vgl. S. Marung/K. Naumann (Hg.), *Vergessene Vielfalt. Territorialität und Internationalisierung in Ostmitteleuropa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, (Transnationale Geschichte 2013.2), Göttingen 2014; P.M. Kitromilides, *A Religious International in Southeastern Europe?*, in: A. Green/V. Viaene (Hg.), *Religious Internationals* (s. Anm. 8), 252–268; zum islamischen Internationalismus vgl. A.K. Bennison, *Muslim Internationalism between Empire and Nation-State*, in: ebd., 163–185; W.G. Clarence-Smith, *The Hadhrami Sada and the Evolution of an Islamic Religious International, c. 1750s to 1930s*, in: ebd., 233–251. Vgl. ferner auch A. Raza/F. Roy/B. Zachariah (Hg.), *The Internationalist Moment. South Asia, Worlds, and World Views, 1917–39*, New Delhi 2015; C. Aydin, *The Politics of Anti-Westernism in Asia. Visions of World Order in Pan-Islamic and Pan-Asian Thought*, New York 2007. Die

An der Liste der genannten internationalen religionsbasierten Organisationen fällt die verhältnismäßig geringe Zahl von deutschen Gründungsorten ins Auge, was nahelegt, dass Deutschland keine Vorreiterrolle im christlichen (und jüdischen) Internationalismus gespielt hat, wenngleich viele Organisationen (EA, CVJM, WSCF u. a.) hierzulande präsent waren. Der Marburger Theologe und liberale Politiker Martin Rade (1857–1940) erklärte die internationale (politische) Abstinenz der deutschen evangelischen Christen und Kirchen mit dem Luthertum und diagnostizierte: „Wir Deutschen sind demgegenüber spröde, zurückhaltend und rückständig.“²⁰ Rades Parteifreund und Kampfgefährte, der Völkerrechtler Walther Schücking (1875–1935), machte den deutschen Nationalismus verantwortlich: „Wir Deutschen hinken mit unserm Nationalstaat den andern Kulturnationen, wie Frankreich und England, um Jahrhunderte nach. So erklärt es sich, dass wir national sind ‚bis auf die Knochen‘, zu einer Zeit, wo die übrige Kulturwelt schon anfängt, in gewissem Sinne international zu werden.“²¹

Während protestantischer Internationalismus offenbar im deutschen, britischen und nordamerikanischen Kontext abhängig vom Nationsverständnis und religiöser Zugehörigkeit unterschiedliche Formen annahm, so hatte er auch Gemeinsamkeiten mit dem allgemeinen privaten Internationalismus seiner Zeit: Ausbau von transnationalen Netzwerken, Bildung eines globalen Bewusstseins, intensivierte Kooperation und Kommunikation durch Ausrichtung internationaler Konferenzen und Treffen, hohe Mobilität, Repräsentation durch Eliten.

Publikationen überwinden das kulturpolitische Paradigma der Nationalisierung bzw. Arabisierung des Islam, das seine Verwissenschaftlichung in Europa stark beförderte, das allerdings seine historische transnationale Ausbreitung von Afrika bis Asien ausblendet.

20 Der Beitrag der christlichen Kirchen zur internationalen Verständigung, in: Veröffentlichungen des Verbandes für Internationale Verständigung 4 (1912) 11.

21 W. Schücking, *Die Organisation der Welt*, Leipzig 1909, 7; Deutschland steht allerdings im Ranking von internationalen Organisationen mit ständigem Sitz bei A.H. Fried, *Das internationale Leben* (s. Anm. 7), an zweiter Stelle hinter Belgien, gefolgt von Frankreich und der Schweiz, den Hochburgen des Internationalismus.

Diesen neuen protestantischen Internationalismus des 19. Jahrhunderts unterscheiden von früheren Formen die Dichte der Verbindungen und Netzwerke, ein hoher Organisationsgrad und der zivilgesellschaftliche Impetus aus den Reihen junger christlicher Männer und Frauen. Freiwillige Selbstorganisation bedeutete für Religionsgemeinschaften keinen strukturellen Neuanfang, denn religiöse Orden und karitative Stiftungen zählen zu den ältesten Organisationsformen und religiösen Internationalismen überhaupt. Das Neue am Internationalismus des 19. Jahrhunderts ist die zugrundeliegende bürgerlich-zivilrechtliche Emanzipation, die die jahrhundertealten Hierarchien und Rollenaufteilungen zwischen Klerikern, religiösen Spezialisten und Laien, aber auch zwischen den gesellschaftlich etablierten Großkirchen und kleineren, um Anerkennung ringenden religiösen Gruppierungen, nachhaltig verändert. Protestantischen (und jüdischen) Laien, anfangs häufig Juristen und Bildungsbürger, später vielfach auch Unternehmer, gelingt es sukzessive, die Monopolstellung und Deutungshoheit der religiösen Spezialisten aufzuweichen und eine religionsinterne Demokratisierung anzustoßen, die regional unterschiedlich schnelle oder langsame Erfolge erzielte, aber auch Rückschritte erlebte. Ein wesentlicher Faktor, der den internationalen Aufbruch der Laien beförderte, war der erwähnte monetäre Aspekt. Der Einsatz eigener Gelder schuf eine operationale Basis, die sie von amtskirchlichen Institutionen und Strukturen unabhängig(er) machte. Herausragendes Beispiel dieses religiösen Internationalismus ist Henri Dunant (1828–1910), den das kollektive Gedächtnis als Gründervater der internationalen Hilfsorganisation Rotes Kreuz tradiert, dabei jedoch seine zentrale religiöse Vision der geistigen Weltfamilie weglässt, mit der er z. B. den CVJM 1855 auf der Gründungskonferenz in Paris weltbekannt machte. Zu nennen ist auch der Stahlmagnat Andrew Carnegie (1835–1919), der sein Vermögen zahlreichen philanthropischen Stiftungen für die internationale Friedensarbeit durch Recht, Religion(en) und die kirchliche Einheit zur Verfügung stellte.²²

22 Mit Carnegie und Alfred Nobel muss gleichzeitig auch Jan Bloch (1836–1902) genannt werden. Er ist heute nur noch wenigen bekannt, was sich dem Selektions-

Das internationale Engagement von Christen (und Juden), sei dies für Religionsfreiheit, Menschenrechte oder mit religiös-philanthropischen (humanitären) Interventionen, veränderte ihre religiösen Traditionen und Religionsgeschichten. Einher ging eine transkulturelle Weitung der intrareligiösen Fürsorge und Solidarität, so dass nun Religionsgenossen jenseits der eigenen Kirche oder nationalen Grenze ins religiöse Bewusstsein rückten. Damit verschoben sich jahrhundertalte intra- und interreligiöse Gemarkungen, und es begannen religionshistorisch neue intensiviertere internationale Annäherungen, Kooperationen und auch Friktionen. Paradigmatisch für diesen protestantischen Internationalismus, jenseits von Konfession und Nation steht der *Weltbund für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen* (WB), der 1914 in Konstanz am Bodensee ins Leben gerufen wurde.

2. World Alliance for promoting International Friendship through the Churches / Weltbund für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen / Alliance universelle pour les relations amicales entre les nations par le moyen des Eglises²³

2.1 Wurzeln

Die Friedensbewegung in Europa und Nordamerika intensiviertere angesichts der internationalen Aufrüstungen seit Ende des 19. Jahrhunderts ihren Kampf für Abrüstung und präsentiertere ihre Forde-

mechanismus des westlich-kollektiven Gedächtnisses verdankt. Der Milliardär Bloch, Bankier und „Eisenbahnkönig“ von Polen und Russland, finanzierte eine der umfassendsten Studien zur modernen Kriegsführung in Zusammenarbeit mit amtierenden Militäranghörigen, Ökonomen, Statistikern und Ingenieuren. Ihr sechsbändiges Gemeinschaftswerk erschien 1898 auf Russisch und wurde anschließend in viele Sprachen übersetzt (dt. „Die Zukunft des Krieges in technischer, wirtschaftlicher und politischer Relation“, 1899). Bloch, der darin die katastrophalen Auswirkungen der militärischen Operationen unter den technischen Bedingungen der Moderne prognostizierte, engagierte sich aktiv für die internationale Friedensarbeit, bspw. als Organisator der Haager Friedenskonferenz von 1899.

23 Offizielle Bezeichnungen seit 1915.

rungen auch den Internationalen Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in Den Haag. Sie nahm speziell amtskirchliche Vertreter in die Pflicht, um deren interkirchliche Korporationsmöglichkeiten für internationalen Frieden und Verständigung intensiver zu nutzen. Ein erster Erfolg stellte sich 1908 mit der „Deutsch-britischen Freundschaft“ ein, als insgesamt 130 offizielle protestantische, katholische und freikirchliche Vertreter aus Deutschland Großbritannien besuchten und ein Jahr später der britische Gegenbesuch folgte.²⁴ Vorsitzender des deutschen Kirchenausschusses war der rheinische Unternehmer Friedrich A. Spiecker (1854–1936)²⁵, Schriftführer der erwähnte Siegfried Siegmund-Schultze (1885–1969), evangelischer Theologe und Pfarrer aus Potsdam. Das britische Komitee leitete der Unternehmer und Quäker Joseph A. Baker (1852–1918), Sekretär war der Jurist Willoughby H. Dickinson (1859–1943), Mitglied des Unterhauses und aktiver Anglikaner. Die beiden kirchlichen Gremien, mit etwa 12.000 britischen und etwa 4.000 deutschen Mitgliedern, organisierten sich 1910 unter dem Dach der *Vereinigung kirchlicher Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland* (Associated Councils of Churches in the British and German Empires for Fostering Friendly Relations between the Two Peoples), die unter der Schirmherrschaft des Erzbischofs von Canterbury stand. Recht bald entstanden Kontakte zu jenen nordamerikanischen Kirchen und Freikirchen, die sich 1908 in einer ähnlichen Kooperationsbewegung zum *Federal Council of Churches* (FCC) zusammengeschlossen hatten. Als Anhänger einer modernistischen Theologie auf der Basis der immanenten Inkarnationsdoktrin des *social gospel* (Walter Rauschenbusch) beharrten sie auf der diesseitigen Verwirklichung des Reich-Gottes auf Erden. Infolgedessen standen konkrete Sozialreformen im Hier und Jetzt im Vordergrund, während

24 K.H. Voigt, *Ökumene in Deutschland. Internationale Einflüsse und Netzwerkbildung – Anfänge 1848–1945*, Göttingen 2014, 91–104.

25 S.H. Stieghorst, *Großindustrie und Verbandsprotestantismus: Friedrich Albert Spiecker (1854–1936)*, in: N. Friedrich (Hg.), *Sozialer Protestantismus im Kaiserreich. Problemkonstellationen – Lösungsperspektiven – Handlungsprofile* (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus; 6), Münster 2005, 297–320.

eine theoretische Beschäftigung mit dem Jenseits abgelehnt wurde. Der FCC gründete eine Kommission für Frieden und internationale Schiedsgerichtsbarkeit, die zur christlichen Einigung aufrief und die Anwendung christlicher Werte in der Internationalen Politik und für den Weltfrieden forderte.

Ihre Pläne erhielten die ideelle und finanzielle Unterstützung des erwähnten Philanthropen Andrew Carnegie, der Anfang 1914 die *Church Peace Union* (CPU) zur Förderung der christlichen Einheit und des Weltfriedens durch Religionen ins Leben rief. Die CPU, geleitet von Frederick Lynch (1867–1934), Kongregationalist und führende Gestalt des FCC, war mit 2 Mio US-\$ dotiert und hatte auch einige katholische und jüdische Mitglieder. Ihre erste größere Aktivität war die Organisation je einer protestantischen und katholischen Konferenz in Europa, die die CPU voll finanzierte. Die mühevollen und erheblichen organisatorischen Anstrengungen hatten Erfolg, doch brach der Erste Weltkrieg zwischenzeitlich aus. So konnte nur die protestantische Konferenz personell eingeschränkt stattfinden, die für den 2. August 1914 in Konstanz anberaumt war. Das katholische Treffen in Lüttich am 10. August kam gar nicht zustande, nachdem deutsche Truppen am 4. August 1914 in Belgien einmarschiert waren.

2.2 Gründung in Konstanz

Für die Konstanzer Konferenz, die Siegmund-Schultze organisierte, waren 153 Personen aus dreizehn Ländern²⁶ und dreißig Denominationen geladen. Doch trafen am Bodensee aufgrund der allgemeinen Mobilmachung nach der Kriegserklärung Deutschlands an Russland und Frankreich (1. August 1914) nur etwa neunzig Gäste unter abenteuerlichen Umständen ein.²⁷ Konferenzort war das historische Inselhotel, in dem der böhmische Reformator Jan

²⁶ Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich-Ungarn, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten. Ein detailliertes Verzeichnis der Konferenzteilnehmer gibt *H. Dam*, *Weltbund* (s. Anm. 2), 417–418 (und auch zu allen anderen Konferenzen des WB bis 1938).

²⁷ Vgl. *F. Lynch*, *Through Europe on the Eve of War*, New York 1914, 1–22.

Hus (1369–1415) vor seiner Verurteilung durch das Konstanzer Konzil festgesetzt war. Während Deutschland in den ersten Augusttagen von 1914 in eine allgemeine Kriegsbegeisterung versank und der „Geist von 1914“ ausbrach, versandte die kleine elitäre Konstanzer Versammlung einen Friedensappell an die Regierungen in Europa und Nordamerika und verabschiedete die von W.H. Dickinson vorbereiteten Resolutionen zur künftigen internationalen kirchlichen Kooperation. Als Hauptaufgabe und -ziele waren die Förderung der Versöhnungs- und Freundschaftsarbeit zwischen den Völkern und die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, Parlamente und Regierungen im Sinne eines globalen Vertrauens und Wohlwollens genannt. Da alle Christen und Kirchen ein ureigenes Interesse am Weltfrieden hätten, sollten sie sich zusammenschließen und gemeinsam für dieses Ziel kämpfen.²⁸

2.3 Während des Ersten Weltkrieges²⁹

Nach einer nicht weniger abenteuerlichen Abreise aus Deutschland nahmen die Mitglieder des Internationalen Komitees, die nach London zurückgekehrt waren, wenige Tage später organisatorische Fragen in Angriff. Sie wählten J.A. Baker zum Vorsitzenden, den Presbyterianer William P. Merrill (1867–1954) zu seinem Stellvertreter, sowie fünf ehrenamtliche Sekretäre: W.H. Dickinson, F. Lynch, Jacques Dumas, Louis Emery, S. Siegmund-Schultze. Ihr neuer Zusammenschluss stand mit Baker, Siegmund-Schultze und Dickinson in personeller Kontinuität zur britisch-deutschen kirchlichen Freundschaftsinitiative, die dann auch die offizielle Bezeichnung des WB von 1915 spiegelte.

Der entfesselte Weltkrieg und die nationalistisch verfeindeten Volkskirchen, deren Führungen öffentlich in das politische Kriegsgetöse einstimmten³⁰, machten die kleine kirchliche WB-Bewegung

28 Handbook of the World Alliance 1920, 17f.

29 Ausführlich H. Dam, Weltbund (s. Anm. 2), 68–122.

30 Für Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Skandinavien vgl. G. Besier (Hg.), Die protestantischen Kirchen Europas im Ersten Weltkrieg. Ein Quellen- und Arbeitsbuch, Göttingen 1984.

mit ihrem transnationalen christlichen Friedensanliegen zum Außenseiter. Sie blieb in den kriegführenden Staaten ein einsamer Ruffer im allgemeinen „Getümmel“ der lauten nationalen Erregungen und Siegeshoffnungen. Die WB-Mitglieder ernteten, wie die Friedensbewegung generell, Boykott und Anfeindung. Trotzdem engagierten sich viele an verschiedenen Fronten, zuvorderst für die Kriegsoffer.

In Deutschland publizierte Siegmund-Schultze in der *Eiche*, soweit die Zensur es erlaubte, hauptsächlich offizielle Dokumente in Übersetzung, so etwa im November 1914 das „Englische Weißbuch“, und warb für eine Verständigung zwischen den verfeindeten Kriegsnationen. Adolf Deissmann (1866–1937), ein weiterer ökumenischer Pionier und eng verbunden mit dem nordischen ökumenischen Leuchtturm Nathan Söderblom (1866–1931), verschickte „Evangelische Wochenbriefe“ in neutrale Staaten, um gegen die Isolation Deutschlands anzukämpfen.³¹ Zudem riefen WB-Mitglieder Völkerbundsvereine ins Leben und engagierten sich mit christlichen Organisationen wie CVJM, CVJF in der Friedensarbeit.

Dass der WB während der Kriegsjahre nicht unterging, verdankt sich wahrscheinlich dem Auftrag des nordamerikanischen WB-Rates an Benjamin F. Battin (1873–1931), Professor für Deutsche Literatur am Swarthmore College in Pennsylvania, zwischen den mehr oder minder stabilen WB-Räten in Westeuropa den Kontakt zu pflegen. Ihm gelang es im August 1915, die Hälfte des Internationalen Komitees, dessen Mitglieder teils aus kriegführenden Staaten stammten, in Bern zu versammeln. Diese Fortsetzung der Gründungsarbeit verlief konstruktiv, wahrscheinlich weil die sogenannte Kriegsschuldfrage explizit von der Tagesordnung ausgeklammert war. Die über dreißig Teilnehmer arbeiteten das Statut des WB aus, das die Nationalräte 1916 annahmen, sie legten die erwähnte offizielle Bezeichnung ihrer Organisation fest, sie erklärten ihre Solidarität mit der *caritas inter arma*-Arbeit des Roten Kreuzes. Zwei Jahre später, im Dezember 1917, fungierte das Internationale Komitee

31 Vgl. S. Grotefeld, *Peace Enforcement through International Friendship of the Churches from 1919 to 1933. The Example of the German World Alliance*, in: *Current Research on Peace and Violence* 13/4 (1990) 193–209.

tee des WB erneut als kleiner ökumenischer Kanal und beteiligte sich an der Organisation der „neutralen Kirchenkonferenz“ in Uppsala, die der schwedische Erzbischof Nathan Söderblom einberufen hatte.

2.4 Ideologische Säulen des Internationalismus: „Bruderliebe“ und „Wohllollen“

Prägend für den WB war von Anfang an sein nordamerikanischer Zweig, nicht nur wegen der Finanzierung durch die Carnegie-Stiftung, die seine Hauptfinanzquelle bis zur Auflösung nach dem Zweiten Weltkrieg blieb, sondern auch hinsichtlich seiner Organisation und Ideologie. Der nordamerikanische WB-Rat hatte im Exekutivorgan des WB, dem Internationalen Rat, die höchste Zahl von dreizehn Vertretern, den Nationalräten aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland standen je acht Sitze und jenen aus allen anderen Ländern³² prinzipiell je vier Sitze zur Verfügung. Zusammen mit dem britischen WB-Rat bestimmte der nordamerikanische Rat auch die ideologische Richtung des WB: christlicher Internationalismus für den Weltfrieden auf der Basis von „Bruderliebe“ und „Wohllollen“ bzw. der erwähnten Reich-Gottes-auf-Erden Doktrin („social gospel“). Im September 1915 publizierte der britische WB-Rat ein Positionspapier zum Krieg und der neuen Weltordnung nach Kriegsende. Nach dem Scheitern der alten Welt sei das Christentum zum Aufbau einer neuen Welt des universalen Wohllollens verpflichtet. Die Kirche müsse ihre Führungsrolle wahrnehmen und die Menschheit – soweit dies ihre Unvollkommenheit zulasse – in ein neues Zeitalter führen. Christliche Prinzipien müssten für Staaten und Individuen gelten, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit („fellowship“) müssten Determinanten der Internationalen Politik sein, alle internationalen Konflikte müssten über die „Methode der Gerechtigkeit und Schlichtung“ gelöst werden. Staats-

32 Dies waren in den 1920er Jahren: Dänemark, Niederlande, Belgien, Italien, Spanien, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, baltische Staaten, Serbo-Kroatien-Slowenien, Tschechoslowakei, Türkei, Griechenland, Japan, China u. a.

männer und die Bevölkerungen Europas und (Nord-)Amerikas seien als „civilized communities“ im Besonderen dazu verpflichtet. Christen könnten schon während des Krieges aktiv werden, z. B. mit Gebeten für die Feinde und deren Wohlergehen oder durch großzügige Taten gegen Hass und Bitterkeit.³³

Das nordamerikanische Positionspapier von Frühjahr 1917, das für den nordamerikanischen WB-Rat und die Kommission für Frieden und Schiedsgerichtsbarkeit des FCC ausgearbeitet wurde, unterschied sich kaum von den britischen Eckpunkten.³⁴ Konkrete Umsetzung fand es in verschiedenen Forderungen an die US-amerikanische Regierung, darunter eine adäquatere Behandlung von Ausländern, eine Politik der „Freundschaft“ und des „Wohlwollens“ gegenüber Japan und China, die in entsprechenden Positionspapieren dem US-Kongress und US-Präsident Wilson eingereicht wurden.³⁵

Allerdings lassen sich die Aktivitäten des WB nicht eindeutig zuordnen, da die meisten seiner prägenden Persönlichkeiten verschiedenen Organisationen, Gremien und Bewegungen angehörten, die oft ähnliche Ziele und Werte wie der WB verfolgten. Personelle Überschneidungen bestanden etwa zwischen dem WB und der internationalen Missionsbewegung (John R. Mott, Joseph H. Oldham, Sydney L. Gulick), in den Vereinigten Staaten darüber hinaus mit dem FCC (Gulick), mit der CPU (F. Lnych), in Großbritannien mit der *Fellowship of Reconciliation* (FOR), die der Quäker Henry Hodgkin und S. Siegmund-Schultze wenige Monate nach der Kon-

33 Utterance of the British Council, in: *S.L. Gulick/Ch.S. Macfarland* (Hg.), *Church and International Relations. Report of the Commission on Peace and Arbitration. Parts III and IV*, New York 1917, 79–83.

34 Ebd., *A Leaflet by the American Council*, 84–85; dort auch Zitate von Reden zu Kirche und neuem Internationalismus (90–101), Anleitungen zu einem Kurs für „World Constructive Statesmanship“ (127–141), sowie ein Aufruf an die Kirchen Amerikas, sich dem neuen Internationalismus anzuschließen (142–151).

35 *Documents on American Oriental Relations, 1917*. Hauptmotor für eine Verbesserung der US-Politik gegenüber Asien war *S.L. Gulick*, der ein Vierteljahrhundert im Dienst der amerikanischen Mission in Fernost gestanden hatte (1887–1913). Vgl. seine Schrift: *America and the Problem of the Orient. Outlines of a Constructive Policy*, New York 1916.

stanzer Konferenz gegründet hatten und die rasch zur ersten Adresse für den radikaleren christlichen Flügel der Pazifisten geworden war.³⁶ Trotz dieser methodisch-analytischen Erschwernis, die die gesamte Geschichte des WB durchzieht, waren seine Aktivitäten wie die Verbreitung von Pamphleten und Schriften, Öffentlichkeitsarbeit für eine internationale christliche Weltordnung, einen gerechten Frieden, den Völkerbund sowie Interventionen bei Regierungen³⁷ ein kleines Gegengewicht zur anfänglich überwiegenden Kriegsbejahung der christlichen Mehrheit.

2.5 Der „neue Internationalismus“ nach Ende des Ersten Weltkrieges in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, erste Konferenzen in Den Haag (1919) und St. Beatenberg (1920)

Der WB trat entgegen der Erwartung, die seine internationalen politischen Ziele nahelegen, auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919/29, dem Drehkreuz in eine neue politische Ära, nicht als Organisation in Erscheinung. Anfang Juli 1918 war sein charismatischer Führer Joseph A. Baker verstorben, was einen enormen Verlust für den WB bedeutete, doch liefert dieser angesichts der überragenden Bedeutung der Pariser Verhandlungen keine hinreichende Erklärung,³⁸ zumal einige britische und nordamerikanische WB-Mitglieder in Paris präsent waren und über direkte Zugangs-

36 Aus der rezenten Literatur vgl. P.R. Dekar, *Creating the Beloved Community. A Journey with the Fellowship of Reconciliation*, Telford 2005. Zum anglikanischen Kontext vgl. C. Barrett, *Subversive Peacemakers: War-Resistance 1914–1918. An Anglican Perspective*, Cambridge 2014.

37 Z. B. stand Battin im Vorfeld der offiziellen Friedenspläne mit US-Präsident Woodrow Wilson in Korrespondenz (August 1916); Macfarland versuchte über die deutsche Botschaft in Washington zum deutschen WB Kontakt aufzunehmen, den das Auswärtige Amt verhinderte.

38 Intensiven Lobbyismus betrieb hingegen Joseph H. Oldham, Sekretär des Internationalen Missionsrates und WB-Mitglied. Er hatte bei der Aufnahme der Religionsfreiheit für Ausländer in Artikel 22 der Völkerbundsatzung mäßigen Erfolg. Dafür umso mehr beim umstrittenen Artikel 438 des Versailler Vertrags, der den völligen Verzicht Deutschlands auf seine Missionsstationen, deren Eigentum und Besitz sowie deren Übertragung in die Administration der Alliierten Mächte vorschrieb (*D. Hudson, The Ecumenical Movement in World Affairs*, London 1969, 47–57).

möglichkeiten zu hochrangigen Politikern ihrer Regierungen verfügten.

Das politische Großereignis der Pariser Friedenskonferenz leitete auch für den christlichen Internationalismus und den WB eine neue Ära ein. Mit ihr war die erhoffte intergouvernementale Organisation des Völkerbundes gegründet, ein neues Zeitalter in der Internationalen Politik eingeläutet, das allerdings mehr den Interessen der Gewinnerstaaten des Weltkrieges Rechnung trug. Nachdem der US-Kongress den Friedensvertrag von Versailles nicht ratifizierte und damit der internationalistischen Agenda von US-Präsident Wilson eine Absage erteilte, verlor die internationalistische Causa in den Vereinigten Staaten an politischem Rückhalt in der Öffentlichkeit.³⁹ Trotz dieses politischen Rückschlages rückte der WB von seinem „neuen Internationalismus“ nicht ab. Ähnlich wie im erwähnten Positionspapier von Frühjahr 1917 sprach William Merrill, der Vorsitzende des nordamerikanischen WB-Rates, weiterhin von einem „new deal“. Er legte den „religiösen Kräften“ Amerikas ein Fünf-Punkte Programm ans Herz, das dezidierte Anleihen bei der Friedensbewegung aufwies. Sie sollten sich bei der Regierung und in der Bevölkerung für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ständigen Internationalen Gerichtshof stark machen, die Bewegung zur Ächtung des Krieges unterstützen, den Kampf für die Reduzierung von Waffen fortführen und sich für die Anerkennung des Völkerbundes einsetzen. Auch sollten Christen „von Herzen und großzügig“ jene kirchlichen Institutionen unterstützen, die für eine gerechte internationale Ordnung kämpften, d. h. den WB.⁴⁰

In Großbritannien hatte der WB nach Kriegsende Aufwind. Im Oktober 1918 fusionierten die verschiedenen Völkerbundvereine, darunter Dickinsons *League of Nations Society*, zur *League of Nations Union* (LNU), die sich zur bedeutendsten britischen Zivilbewegung

39 Zu den heftigen Auseinandersetzungen über den Völkerbund im Senat vgl. M. Ruotsila, *The Origins of Anti-Internationalism. Conservative Evangelicals and the League of Nations*, Washington 2008, 122–146.

40 *New Factors in the Problem of American Internationalism* (International Peace Series I), New York 1924, 14–17. Vgl. auch seine ausführliche Schrift: *Christian Internationalism*, New York 1919.

der Zwischenkriegszeit entwickelte.⁴¹ Ihr Internationalismus gründete sich im christlichen Prinzip der universalen Bruderschaft. Die Christenheit könnte mit diesem besonderen Potenzial vereint für internationale Gerechtigkeit und Frieden kämpfen. Zu den Zielen und Aufgaben der LNU wie auch ihres alsbald gegründeten Dachverbandes *International Federation of League of Nations Societies* (IFLNS) gehörten die gesellschaftliche Akzeptanz des Völkerbundes als Garant einer internationalen Gerechtigkeit, der religiöse und nationale Minoritätenschutz, internationale Kooperation, Verständigung, Wohlwollen (*goodwill*) und Fairness zwischen den Völkern, Erziehung zum Weltbürgertum.⁴²

Der WB wurde in eigener Sache erst im Oktober 1919 tätig, als sein erstes internationales Nachkriegstreffen in Den Haag auf Schloss Oud-Wasenaar stattfand. Die sogenannte Kriegsschuldfrage Deutschlands sorgte auch hier für erhebliche Auseinandersetzungen und Konflikte, doch konnte die Konferenz trotzdem gemeinsame Prinzipien verabschieden und ihr Fortbestehen sichern. Für die internationale Zielsetzung des WB wurde erwartungsgemäß gefordert, dass sich Christen ausgehend vom „Bewusstsein für Recht und Unrecht“ und den daraus entstandenen juristischen und politischen Systemen als „gute Gaben Gottes an die Menschheit“ zur „Autorität von Gerechtigkeit und Gesetz“ bekennen und gegen die „Glorifizierung von Gewalt und Macht in den sozialen und internationalen Sphären“ kämpfen sollten. Jeder Christ müsse sich auch für „Erneuerung in allen sozialen und internationalen Beziehungen“ einsetzen, denn die bestehenden Rechts- und Gerechtigkeitssysteme seien unvollkommen und müssten dem moralischen Fortschritt angepasst werden.⁴³

41 Mitte der 1920er Jahre zählte sie etwa eine halbe Million (nominelle) Mitglieder, 1933 waren es doppelt so viele (M. Pugh, *Liberal Internationalism. The Interwar Movement for Peace in Britain*, Basingstoke 2012, 167).

42 Vgl. H. McCarthy, *The British People and the League of Nations. Democracy, Citizenship and Internationalism*, c. 1918–45, Oxford 2011, 79–131. Zur IFLNS vgl. Th.R. Davies, *Internationalism in a Divided World: The Experience of the International Federation of League of Nations Societies, 1919–1939*, in: *Peace & Change* 37/2 (2012) 227–252.

43 *Handbook of the World Alliance, 1920*, 33 (in deutscher Übersetzung bei H. Dam, *Weltbund* [s. Anm. 2], 427–428).

In diesem zentralen Bekenntnis des WB zu Gerechtigkeit und Völkerrecht klingen Reminiszenzen an die Friedensbewegung und das zeitgenössische Verständnis des abendländischen Völkerrechts an, das sich seit Ende des 19. Jahrhunderts auf Expansionskurs befand und vom finnischen Juristen und Rechtshistoriker Martti Koskenniemi treffend als „gentle civilizer of nations“ charakterisiert wurde.⁴⁴

Der WB verabschiedete auf seiner zweiten Internationalen Konferenz im schweizerischen St. Beatenberg vom 26.–28. August 1920 eine eigene Resolution zur Anwendung von „christlichen Prinzipien“ in internationalen Fragen als Prämisse des Weltfriedens:

„[T]his conference repudiates the double standard of morality in which ethical demands are limited to private life. It holds that there is no standard for human life but Christ's law of righteousness and love. Accordingly it maintains that it is only by an increasing application of Christian principles to international affairs that there is any hope of fellowship and peace between the nations.“⁴⁵

Wenngleich die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges die Eignung des Christentums als Lösung für die Probleme der Menschheit nicht gerade bestätigt hatte und der WB mit seinem politischen Idealismus⁴⁶ und der Christianisierung der Internationalen Politik vermutlich bei wenigen zeitgenössischen Politikern Gehör gefunden haben dürfte, so wich er während seiner gesamten Geschichte von dieser religiösen Forderung nicht ab, selbst nicht vor Ausbruch und nach Ende des Zweiten Weltkrieges.⁴⁷ Auch wenn sich diese in

44 M. Koskenniemi, *The Gentle Civilizer of Nations. The Rise and Fall of International Law 1870–1960* (Hersch Lauterpacht Memorials Lectures), Cambridge 2004.

45 *Handbook of the World Alliance*, 1923, 40. Ähnlich forderte der FCC den „neuen Internationalismus“ nach 1918, um die Gottlosigkeit der alten internationalen Weltordnung, die die europäische Tragödie des Weltkriegs offenbart habe, zu überwinden (S.L. Gulick/Ch.S. Macfarland, Church [s. Anm. 33], 142).

46 Der WB war hierin kein Einzelfall. Zu Großbritannien vgl. M. Ceadel, *Semi-Detached Idealists. The British Peace Movement and International Relations, 1854–1945*, Oxford 2000.

47 Vgl. beispielsweise die WB-Resolution zur internationalen Lage auf der letzten Internationalen Konferenz in Larvik (Norwegen) von August 1938, den Aufruf an die Nationalräte (Minutes of Business Sessions of the International Council held at

erster Linie an die christliche Welt und Politik richtete, so lässt sich ihr expansionistischer Duktus nicht übersehen. Denn im „neuen Internationalismus“ sollen allein christliche Werte gelten, der ethische Imperativ der „Bruderliebe“ und des „Wohllollens“ sollen Dreh- und Angelpunkt der internationalen Friedenssicherung und Weltordnung sein. Parallel zu dieser christlich-monologen Dynamik, die auch ein Kind des damals weit verbreiteten westlichen Fortschrittsglaubens seit dem 19. Jahrhundert war, aber auch des erwähnten spiritualisierten christlichen Bewusstseins der *social gospel*-Anhänger, bekannte sich der WB explizit zum Ideal des Egalitarismus aller Nationen, zur Einheit der Menschheit, zur „Familie der Nationen“, zur „internationalen Brüderschaft“.⁴⁸

2.6 Die Einheit des Christentums, Kennzeichen des protestantischen Internationalismus

In engster Verbindung mit der christozentrischen Erlösungsvision des WB für eine internationale sozialetische Nachkriegsordnung stand die Forderung nach der Einheit des Christentums:

„We affirm our deep conviction that the healing of the wounds of the nations and the rebuilding of the social and international life of the world can only be accomplished in and through Jesus Christ Our Lord, under whose Lordship we met here. The unity of His disciples is a fact which even war and economic strife can by no means destroy. We earnestly desire that this fact of unity should be more deeply felt and more plainly demonstrated in the midst of a world still thorn and distracted, in order that Jesus Christ may be set forth as the World's Redeemer and the solution of the deepest problems of humanity.“⁴⁹

Farris Bad, Larvik, Norway, 22–23; in deutscher Übersetzung bei H. Dam, Weltbund [s. Anm. 2], 438–439). Anfang Dezember 1946 forderte das provisorische Exekutivkomitee in seiner Botschaft an die Nationalräte, sich noch stärker als früher für die Ziele und Aufgaben des WB einzusetzen (Christian Message to the National Councils, 5. Dezember 1946).

48 S.L. Gulick/Ch.S. Macfarland, Church (s. Anm. 33), 145.

49 Abschlussresolution von Den Haag, Handbook of the World Alliance, 1920, 34.

Der Topos der christlichen Einheit war nicht nur für den WB ein Spezifikum, sondern allgemein für den protestantischen Internationalismus seit dem 19. Jahrhundert, der ihn substantiell von allen anderen religiösen Internationalismen unterscheidet. Protestanten haben so viele Rufe nach der Einheit der Christen ausgestoßen und so viel Energie, Geduld und Finanzen in deren Zusammenführung aufgewendet wie kaum andere Zeitgenossen. Die östliche Orthodoxie formulierte Anfang des 20. Jahrhunderts zwei vergleichbare offizielle Appelle, doch blieben sie in den eigenen Reihen einsame Rufe und fanden erwartungsgemäß positive Resonanz mehr auf Seiten der westlich-protestantischen Christenheit.⁵⁰ Für den katholischen Internationalismus stellte sich in dieser Zeit die Frage der christlichen Einheit allerhöchstens unter dem Dach Roms, für den jüdischen Internationalismus stand keine wie auch immer geartete Einheit oder intrareligiöse Kooperation zur Überwindung der Differenzen im Vordergrund. Ihn prägten religiös-philanthropische Motive, Entwicklungshilfe, der Kampf für die jüdische zivilrechtliche Emanzipation und gegen Antisemitismus. Der islamische Internationalismus (Pan-Islamismus), der strenggenommen die Einheit der Muslime gar nicht einzufordern bräuchte, da sie gemäß der Grundlegung des Islam bereits eine Einheitsgemeinschaft (*umma*) bilden, erlangte keine breite Unterstützung und verlor seine Anziehungskraft während des Ersten Weltkriegs. Nach dem Intermezzo von 1924, als sich ein Großteil der konservativen islamischen Welt gegen die Kalifatsauflösung durch die türkische

50 Im Juni 1902 erließ der Ökumenische Patriarch in Istanbul, Joachim III. (1834–1912), eine Patriarchal- und Synodalenzyklika und forderte die Annäherung der Orthodoxie an die katholischen und protestantischen Kirchen mit dem Ziel der Kircheneinheit. 1920 verfasste Metropolit Germanos Strenopoulos (1872–1951) eine Enzyklika „An die Kirchen Christi überall“ und verlangte die Einberufung allchristlicher Konferenzen und die Gründung einer *koinonia ton ekklesion* nach dem Vorbild des Genfer Völkerbundes (*koinonia ton ethnon*). Die beiden Enzykliken sind in deutscher Übersetzung veröffentlicht bei A. Kallis (Hg.), *Auf dem Weg zu einem heiligen und großen Konzil. Ein Quellen- und Arbeitsbuch zur orthodoxen Ekklesiologie (Orthodoxe Perspektiven 10)*, Münster 2013, 50–55; N. Thon (Hg.), *Quellenbuch zur Geschichte der Orthodoxen Kirche*, (Sophia 23), Trier 1983, 492–495.

Regierung vereinte, ging er kontinuierlich zurück und erlebte Aufwind erst wieder nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

3. Minoritätenarbeit: *League of Nations Union* und die Garantienerklärung der irakischen Regierung von Mai 1932

Nicht nur die angeführten Verlautbarungen des WB lassen nach konkreten Umsetzungen fragen. Aus seinen verschiedenen Tätigkeitsbereichen hebt sich die Minoritätenarbeit hervor, die auf der erwähnten Konferenz von St. Beatenberg im August 1920 auf seine Agenda gelangte.⁵¹ Die Rigaer Regionalkonferenz von Mai 1924 verabschiedete dann entsprechende Prinzipien. Angesichts der Minoritätenprobleme, die die Vermischungen von Nationen nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen hätten, sei Politik nicht ausreichend. Es bedürfe einer befriedigenderen Lösung, wenn Minoritäten nicht zum permanenten Unruheherd werden sollten. Der WB dürfe für niemanden Partei ergreifen, er müsse dem christlichen Weltgewissen verpflichtet bleiben. So formulierte die Rigaer-Resolution einen doppelten Aufruf: einerseits an die christlichen Majoritäten, die Minoritäten als schwächere Glieder des Leibes Christi zu sehen und ihnen die vertraglich zugesicherten Minoritätenrechte zu gewähren, und andererseits an die christlichen Minoritäten, ihre „Pflichten gewissenhaft“ zu erfüllen, um Diskriminierung zu vermeiden.⁵²

Dieses Verständnis von Minoritätenarbeit war kein originärer Beitrag des WB, sondern der LNU, die W.H. Dickinson in den WB einbrachte. Er war nämlich auch Vorsitzender der Minoritätenkommission der LNU bzw. IFLNS (1922–1928) und später einer der

51 Resolution zu religiösen Minoritäten, *World Alliance Handbook* 1922, 40 (dt. bei H. Dam, *Weltbund* [s. Anm. 2], 429).

52 *Racial and Religious Minorities. A Message from the World Alliance to the Churches*, 1926, 6 (dt. bei H. Dam, *Weltbund* [s. Anm. 2], 430). H. Dam und S. Grotefeld anerkennen, dass die Minoritätenarbeit einer der wichtigsten Tätigkeitsbereiche des WB war, doch klammern sie sie aus ihren Untersuchungen aus (ebd., 15 Anm. 19; 155 Anm. 6).

LNU-Vizepräsidenten. Diese personelle und inhaltliche Überschneidung erklärt, warum sich der WB für Minoritäten im Irak nur am Rande einsetzte⁵³ – die LNU war bereits an vorderster Front aktiv. Sie setzte sich seit ihrer Gründung 1918 für den völkerrechtlichen Minoritätenschutz ein, d. h. Rechte auf freie kulturelle und religiöse Entfaltung. Sie galten ihr als essentiellste Bedingung für die Versöhnung der Menschheit und einen Dauerfrieden. Für die LNU (und den WB) waren Minoritätenfragen gleichzeitig internationale Fragen, an denen alle eine gemeinsame Pflicht und ein gemeinsames Interesse hätten.⁵⁴

Vehementer Verfechter dieser Position war Robert Cecil (1864–1958), Jurist, konservativer britischer Parlamentarier, renommierter Völkerbund- und Friedensaktivist, Präsident der LNU (1923–1945). Er hatte bei den Pariser Friedensverhandlungen noch weitergehende Minoritätenrechte gefordert, als sie in den Minoritätenverträgen mit den osteuropäischen Staaten aufgenommen worden waren.⁵⁵ Ein anderer maßgeblicher Minoritätenaktivist war Gilbert Murray (1866–1957), Vorsitzender des Exekutivkomitees der LNU, ein international anerkannter Gräzist aus Oxford. Cecil und

53 Dickinson intervenierte im September 1924 für die Assyrischen Christen beim Völkerbund (UNOG, League of Nations Archives, R605/11/38902/25888). Nach dem Massaker an den Assyrischen Christen von August 1933 verabschiedete der WB eine Resolution und forderte Genf auf, alles zu unternehmen, um ihnen ein Leben in Sicherheit und Freiheit zu sichern (Executive Committee, Sofia, 14.–21. September 1933, 6). Im Januar 1934 erklärte Dickinson dann für den WB: „Nothing more could be done.“ (Executive Committee, London, 25.–26. Januar 1934, 6).

54 Auf diese Position treffen wir wiederholt auch bei Dickinson, die er in der Zuständigkeit der Kirchen sah (Reports of the Journeys undertaken on behalf of the Alliance in the countries in Europe during the year 1929, 4).

55 Z. B. direktes Appellationsrecht an den Ständigen Internationalen Gerichtshof, das nicht gewährt wurde. Vgl. E. *Viefhaus*, Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert (Marburger Ostforschungen 11), Würzburg 1960, 194–196. Die rezenteste Untersuchung zu Robert Cecil geht seinem langen Kampf für völkerrechtliche Minoritätenrechte nicht systematisch nach (G. *Johnson*, Lord Robert Cecil. Politician and Internationalist, Farnham 2013). Auch bei H. *McCarthy*, British People (s. Anm. 41), sucht man vergeblich nach diesem zentralen internationalen Anliegen der LNU.

Murray traten direkt beim Völkerbund für den Minoritätenschutz ein und unterbreiteten diverse Forderungen wie das Appellationsrecht für Minoritäten beim Ständigen Internationalen Gerichtshof, die Gründung einer ständigen Kommission für Minoritätenfragen, die in Genf nicht angenommen wurden.

Die Garantienerklärung des Königreichs Irak vom 30. Mai 1932 vor dem Völkerbund, dessen neun von insgesamt 16 Artikeln kulturelle und religiöse Rechte für Minoritäten vorschreiben, gehört in diesen Kontext der Anwaltschaft der LNU für völkerrechtlichen Minoritätenschutz, aber auch des traditionellen britisch-protestantischen Internationalismus.

Auslöser war die Ankündigung der britischen liberalen Minderheitsregierung von Premierminister Ramsay MacDonald (Juni 1929 bis Juni 1935) im November 1929, das Mandat im Irak zu beenden. Die LNU, die sich schon bei der Ausarbeitung der Mandate in Genf eingebracht hatte, schaltete sich nun erneut ein, zumal der politische Allianzvertrag zwischen Großbritannien und Irak von Juni 1930 keinerlei Rechte für Minoritäten vorsah. Die LNU intensivierte ihr Engagement für Minoritäten im Irak, im Speziellen für die Assyrischen Christen.⁵⁶ Sie waren seit längerem auch ein Sorgenkind des Erzbischofs von Canterbury, der in der Vergangenheit mehrfach christliche Unterstützung für sie mobilisiert hatte.

Wahrscheinlich in Absprache, wenn nicht sogar nach Planung der LNU⁵⁷, begann in London eine großangelegte Kampagne für die Minoritäten im Irak. Der erste Schritt galt der Beschaffung von Informationen von und über die betroffenen Minoritäten, die dem Völkerbund meist fehlten, was oft externe Kritik an seiner Minoritätenarbeit nach sich zog. So brach im Januar 1930 der Assyrische Christ Anthony H. Rassam (1883–?)⁵⁸ in den Irak auf, um direkte und von „orientalischer Übertreibung“ freie Meinungen von den Minoritäten zum Mandatsende einzuholen. Dies tat er ein halbes

56 *League of Nations Union, Year Book 1936*, 58.

57 Die Auswertung ihrer Archivquellen steht noch aus. Die folgende Darstellung stützt sich nur auf die Quellen des Völkerbundes.

58 Sein Vater war der berühmte Hormuzd Rassam, Bruder des britischen Vizekonsuls und archäologischer Mitarbeiter von Henry Layard, dem Ausgräber von Ninive.

Jahr lang und wiegelte den ohnehin unruhigen Nord-Irak dadurch noch mehr auf.⁵⁹ Nach Rassams Rückkehr nach London ging die Kampagne in die zweite Phase, den Petitionskampf, über. Rassam gründete im Juli 1930 ein „Hilfskomitee für die (nicht-muslimischen) Minoritäten im Irak“⁶⁰ und reichte im September 1930 die erste Petition an die Mandatskommission des Völkerbundes ein. Das Konvolut von über 80 Seiten, das sein Memorandum und weitere Petitionen von Kurden, Assyrischen Christen, Yeziden gegen die Beendigung des Mandats enthält, gehört zu den umfangreichsten und professionellsten Petitionen, die Genf je mit Bezug zum Irak erhalten hat. Parallel erreichten die Mandatskommission zwischen August 1930 und April 1931 weitere kurdische Petitionen aus dem Irak. Rassam übersandte im Dezember 1930 eine erste Ergänzung seiner Petition, weitere folgten am 5., 12., 21. Mai 1931. Anfang 1931 mobilisierte sich sein Hilfskomitee und schaltete die britische Öffentlichkeit ein, um den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen. In diesem Sinne erschienen Hilfsappelle für die Christen (Minoritäten) im Irak (31. Januar, 17. August, 1. Oktober 1931),⁶¹ darüber hinaus schalteten einzelne Mitglieder zusätzliche Anzeigen und appellierten an das Gewissen der Christen, sich für die Minoritäten im Irak einzusetzen.⁶²

Mit dieser internen Mobilisierung des christlichen Netzwerks in London, dem Petitionskampf und der Einschaltung bzw. Manipulation der Öffentlichkeit waren alle Bedingungen für eine veritable

59 Seine Mitstreiter wurden offiziell aus dem Irak ausgewiesen. Cosmo Gordon Lang, Erzbischof von Canterbury, distanzierte sich später von Rassam als „Hitzkopf“ und kündigte die Zusammenarbeit mit ihm auf (CO 730/163/1, 12. Juni 1932, in: B.D. Destani [Hg.], *Minorities in the Middle East. Christian Minorities 1880–1938. Assyrian Communities*, Bd. 7/1, Slough 2007, 237–260).

60 Zu den zehn Mitgliedern gehörten Kleriker der *Archbishops' Mission to the Assyrian Christians*, der *Episcopal Church of America*, ehemalige britische Verwaltungsbeamte und Wissenschaftler.

61 Jerusalem and East Mission Archive London, 1984, vol. 3, Box 81, 1.1; UNOG, League of Nations Archives, R2317/6A/22528/55 Jacket 4, 59–60. Der dritte Appell ist veröffentlicht von N. Fuccaro, *An Appeal from the Iraq Minorities (non-muslim) Rescue Committee, 1931*, in: C.M. Amin/B. Fortna/E. Frierson Brown (Hg.), *The Modern Middle East. A Sourcebook for History*, Oxford 2006, 239–243.

62 Z. B. *The Times*, 11. Juli 1931, No. 45872, 8, col. A.

öffentliche Kampagne erfüllt, um Druck auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben. Die drei Schritte bilden ein klassisches Schema, das Minoritäten und Interessengruppen allgemein vollumfänglich oder partiell anwenden, um Ziele bei Regierungen durchzusetzen.

Die überraschende britische Aufkündigung des Mandats im Irak brachte auch den Schauplatz Völkerbund in Bewegung. Genf hielt den politischen Emanzipationsgrad des Irak als nicht ausreichend für Souveränität, wie er in Artikel 22 der Völkerbundsatzung, mit dem die Pariser Friedenskonferenz die Mandate als historisch neue internationale Treuhandverwaltung aus der Taufe gehoben hatte, etwas nebulös vorgesehen war.⁶³ Die Mandatskommission bezweifelte, dass der Verwaltungsapparat im Irak ausreichend ausgebaut sei, dass das Land seine territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit, öffentliche Sicherheit auf dem gesamten Staatsgebiet selbständig sichern könnte. Die allergrößte Differenz zwischen Genf und London bestand allerdings hinsichtlich des Minoritätenschutzes. Die britische Regierung sah ihn durch verfassungsmäßig garantierte Grundrechte, gesetzliche Vorschriften und Verträge im Irak gesichert. Die Mandatskommission bezweifelte dies, da die irakische Regierung in einem anhängigen Fall den Bahai den Minoritätenschutz immer noch nicht zuerkannt hatte und außerdem (die erwähnten) Petitionen von Kurden aus dem Irak eintrafen, die gegen die Beendigung des Mandats protestierten.⁶⁴

Erst nachdem die britische Regierung erklärt hatte, die moralische Verantwortung zu übernehmen, falls sich der Staat Irak „unwürdig“ für das erwiesene Vertrauen zeigen sollte, empfahl die Mandatskommission trotz fortbestehender Vorbehalte im Juni 1931 die Beendigung des Mandats im Irak; doch müsse die irakische Regierung zuvor rechtliche Garantien für den Schutz von ethnischen, sprachlichen und religiösen Minoritäten, der Konsular-

63 Das Mandatsregime sollte solange in Kraft bleiben, bis sich die betreffenden Völker selbst regieren könnten („until such time as they are able to stand alone“; Art. 22 Abs. 4).

64 *Permanent Mandates Commission, Minutes of the Nineteenth Session held at Geneva from November 4th to 19th, 1930*, 81–90.94–98.

gerichtsbarkeit, der Religionsfreiheit, der Aktivitäten von Missionsgesellschaften sowie der Einhaltung von internationalen Verträgen geben.⁶⁵

Hinter dieser Empfehlung, die teils unverhüllte christliche Spezialinteressen erkennen lässt, stand auch eine Intervention von Gilbert Murray. Er hatte der Mandatskommission⁶⁶ Mitte Mai 1931 ausführliche Empfehlungen für den Minoritätenschutz und einen Entwurf für die Erklärung der irakischen Regierung zukommen lassen. Murray zog jedoch überraschend einen knappen Monat später seine Vorschläge zurück, da eine private Organisation angesichts der komplexen Situation im Irak und „diplomatischen Schwierigkeiten“ nicht berechtigt sei, einer Regierung Empfehlungen zu geben. Sie gingen auch über die operative Linie der britischen Regierung im Irak hinaus, und es sei immer Strategie der LNU gewesen, mit der britischen Politik konform zu gehen.⁶⁷

Die Maschinerie des Völkerbundes war jedoch angelaufen. Eine Sonderkommission arbeitete nach Januar 1932 die Garantienklärung für die irakische Regierung nach der Textvorlage der Minoritätenschutzklärung der albanischen Regierung von 1921⁶⁸ aus. Die ersten neun Artikel enthalten Vorschriften für den kulturellen und religiösen Minoritätenschutz, darunter zivilrechtliche Gleichstellung, religiöse Autonomie (Finanzen, Organisation, Schulen, Sprache), Religionsfreiheit, Verbot von Diskriminierung im Staatsdienst, Garantie des Völkerbundes⁶⁹. Von den Empfehlungen der Mandatskommission hatte Eingang gefunden der juristische Schutz

65 *League of Nations*, Official Journal, März 1932, C.830.M.411.1931.VI Annex 1345 Work of the Permanent Mandates Commission during its Twenty-first Session, 608–609.

66 Frederick Lugard, eines ihrer Mitglieder, gehörte dem Irak-Komitee der LNU an.

67 UNOG, *League of Nations Archives*, R2315/6A/21103/655. Hintergrund dieser Stellungnahme waren erhebliche Differenzen mit dem Außenministerium, so dass Murray zurückruderte. Sein Schritt löste in der LNU einen heftigen Streit aus.

68 *League of Nations*, Official Journal, Dezember 1921, 1162–1164.

69 Sie bedeutete, dass Minoritätenrechte durch nationale Gesetzgebung nicht ausgehebelt und nur mit der Zustimmung des Völkerbundes geändert werden konnten und dass ihre Nichteinhaltung prinzipiell offizielle Beschwerden beim Völkerbund nach sich ziehen konnte.

für Ausländer, die im irakischen Rechtssystem mit den Inländern gleichgestellt (!) wurden (Art. 12), das Prinzip der Religionsfreiheit (Artikel 15), und von Murray die autonome Verwaltung der religiösen Stiftungen (Art. 7) sowie die kurdische Selbstverwaltung und Zulassung des Kurdischen als offizieller Sprache in Gebieten mit überwiegend kurdischer Bevölkerung (Art. 9).⁷⁰

Mit der Unterzeichnung dieser Garantienerklärung am 30. Mai 1932 verpflichtete sich die irakische Regierung zum umfassendsten völkerrechtlichen Minoritätenschutz im gesamten Nahen Osten. Es zeigte sich allerdings auch hier allzu schnell, dass er nicht die erhoffte gesellschaftspolitische Wirkung entfalten würde. Nur ein knappes Jahr später, im August 1933, verübte nämlich die irakische Armee mit kurdischer Unterstützung ein Massaker an den Assyrischen Christen.

Die Entstehungsgeschichte der Garantienerklärung der irakischen Regierung von Mai 1932 belegt eine der vielen religionsgeschichtlichen Verflechtungen zwischen West und Ost im Allgemeinen und des protestantischem Internationalismus im Speziellen. Selbst wenn die westlichen Akteure im Vorfeld die Betroffenen über die (inszenierte) Expedition von A. Rassam im Nordirak befragt haben – es fehlen allerdings die Stimmen der offiziellen Vertretungen der beiden größten religiösen Minoritäten im Irak, die Chaldäisch-Katholische Kirche und die jüdische Kommunität⁷¹ –, so lässt sich der kulturelle Expansionsduktus nicht übersehen. Der Bereich des Völkerrechts bot seit dem 19. Jahrhundert eine spezielle Plattform für diese einseitige westliche Dynamik, als erstmals zivile Kreise, die teils aus den oben genannten internationalen Organisationen stammten, die Bühne der Internationalen Politik für entfernte Glaubensgenossen betraten. So waren Protestanten und Juden aus Großbritannien, Frankreich, Öster-

70 *League of Nations, Official Journal*, Juli 1932, 1342–1350.

71 Sasson Hessel (1860–1932), früherer Finanzminister und Mitglied der irakischen Delegation in Genf anlässlich der Mandatsbeendigung, betonte, dass sich die Juden als Iraker verstünden und keine Minoritätenrechte bräuchten (AIR 23/806 Secret report, Appendix A The Jews of Iraq, 9th Juli 1934, in: A. de Lacey Rush [Hg.], *Records of Iraq, 1914–1966*, Bd. 7, Slough 2001, 630).

reich-Ungarn an der Entstehung des großen osmanischen Reformedikts von Februar 1856, dem *hatt-i hümayun*, beteiligt. Es stellte die religiösen Minoritäten im Osmanischen Reich zivilrechtlich mit den Muslimen (formal) gleich und musste von der Hohen Pforte nach dem Krimkrieg promulgiert werden. Ein ähnlicher Entstehungskontext verbindet sich auch mit einigen Artikeln des Berliner Vertrags von 1878 nach der Balkankrise: die Gleichstellung aller Religionen in Rumänien, die vor allem der jüdischen Bevölkerung zu Gute kommen sollte (Art. 44), Verwaltungsreformen für die armenische Bevölkerung im Osmanischen Reich (Art. 61), Religionsfreiheit und Sicherung des status quo der Heiligen Stätten in Palästina (Art. 62).

Solidarinterventionen für ferne Glaubensgenossen lassen sich auch auf vielen anderen Hinterbühnen (E. Goffman) von internationalen Kongressen und nicht zuletzt bei Regierungen (bis in unsere Gegenwart) ausmachen. So bestehen seit dem 19. Jahrhundert parallele protestantische, jüdische und katholische Interventionskulturen, die in der Forschung bislang nur partiell erarbeitet wurden.⁷² Sie vergleichend und systematisch zu untersuchen wäre ein herausfordernder, jedoch überaus ergiebiger Forschungsgegenstand. Dies würde wie im Falle der irakischen Garantienerklärung von Mai 1932 und ihrer Verbindung nach London sicherlich weitere Erkenntnismomente befördern und einigen Gewissheiten den Boden entziehen. Hinsichtlich des Weltbundes für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen wird mit Unerwartetem mit Sicherheit bei seiner ökumenischen Pionierarbeit im Osten Europas zu rechnen sein. Dieser ost- und südosteuropäische kirchliche Horizont zählt zu den herausragenden praktischen Errungenschaften seines christlichen Internationalismus und seiner internationalen kirchlichen Freundschaftsarbeit, die der Zweite Weltkrieg verschüt-

72 Vgl. z. B. J. Zedler (Hg.), *Der Heilige Stuhl in den Internationalen Beziehungen, 1870–1939* (Spreti Studien 2), München 2010; C. Fink, *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews and International Minority Protection 1878–1938*, Cambridge 2004; A.J. Kirakossian, *British Diplomacy and the Armenian Question from the 1830s to 1914*, Princeton 2003; J. Grabill, *Protestant Diplomacy and the Near East. Missionary Influence on American Policy 1810–1927*, Minneapolis 1971.

tete und die der „Eiserne Vorhang“ seit den 1950er Jahren erst gar nicht in unser Narrativ über diese Zeit eintreten ließ.

Kognitive Perplexität bietet der von der religionshistorischen Forschung generell bislang wenig beachtete Bereich von Internationaler Politik und Religionen in Fülle. Exemplarisch lässt sich die Erklärung der Katholischen Kirche *Nostra aetate* von Oktober 1965 erwähnen, deren heutige Rezeption kaum mehr etwas von ihrer komplizierten Entstehungsgeschichte erahnen lässt. Dieses fundamentale Dokument sollte anfänglich nur das Verhältnis zum Judentum regeln, doch wurde die Endfassung um ein Dekret zum Ökumenismus erweitert und adressiert nun allgemein „nichtchristliche Religionen“. Von nicht unwesentlicher Bedeutung für diese interreligiöse Ausweitung waren Proteste einer Minderheitenfraktion, die am heftigsten von den katholisch-orientalischen Patriarchen und Bischöfen vorgetragen wurden. Aufgrund des Kriegszustandes zwischen Israel und den arabischen Regierungen befürchteten sie bei einer rein jüdischen Erklärung eine Gefährdung der Sicherheit der Christen in arabischen Ländern.⁷³

Im Rahmen dieses Beitrages konnte der transatlantische idealistisch-protestantische Internationalismus der 1920er und 1930er Jahre nur skizziert werden. Seine liberalen weltbürgerlich-kosmopolitischen Züge blieben eine Minderheitenposition im kirchlichen Spektrum, national-konservative Tendenzen behielten weithin die Oberhand. Auch konnte die mit dem WB eng verwandte Bewegung für Praktisches Christentum keine gebührende Erwähnung finden, und auch nicht der realistische Internationalismus, der in den Vereinigten Staaten parallel zum idealistischen Ansatz entstand. Er erlangte Konjunktur ab den 1930er Jahren und entwickelte sich in eine konservativ-totalitäre Richtung, die dem idealistisch-liberalen Internationalismus seit den 1960er Jahren den

⁷³ Vgl. Th. Stransky, *The Genesis of Nostra aetate. An Insider's Story*, in: U. Bialer/N. Lamdan/A. Melloni (Hg.), *Nostra aetate. Origins, Promulgation, Impact on Jewish-Catholic Relations. Proceedings of the International Conference, Jerusalem 30 October – 1 November 2005 (Christianity and History 5)*, Berlin 2007, 29–53, hier 48f.

Rang abließ und als christliche Rechte bis in die Gegenwart eine dominante Stellung hat.⁷⁴

Abschließend sei ein Bogen zum Anfang dieses Artikels geschlagen, zur zitierten Erwartung Romain Rollands, dass allein Recht und nicht Rache oder Vergeltung die zerstörte Weltordnung wiederherstellen müsse. Hinter ihr schimmert eine der zentralen Forderungen der Friedensbewegung, „Frieden durch Recht“ durch, die mit der Gründung des Völkerbundes einen historischen Schritt in die politische Realität machte. Allerdings zeigt bereits die Geschichte des Völkerbundes selbst, nicht zu reden von anderen internationalen politischen Konflikten der Zwischenkriegszeit, dass das Instrument „Recht“ bei der Erfüllung der Hoffnung Rollands beträchtliche Grenzen und Schwächen aufweist.

Die Frage nach Alternativen wird allerdings nicht leicht zu beantworten sein.

74 Vgl. *M.Th. Edwards*, *The Right of the Protestant Left: God's Totalitarianism*, New York 2012. Vgl. auch *J.-D. Durand* (Hg.), *Christian Democrat Internationalism. Its Action in Europe and Worldwide from post World War II until the 1990s*, 3 Bde. (Euroclio. Etudes et Documents/Studies and Documents; 79/80/81), Brüssel 2013/2014; *G. Groitl*, *Evangelical Internationalism. The American Christian Right and Global Human Rights* (Regensburger Studien zur internationalen Politik 4), Hamburg 2007.